

**Mitteilung der Europäischen Kommission „Politikkohärenz im Interesse der Entwicklung“ – politischer Rahmen für ein gemeinsames Konzept der Europäischen Union („Whole of the Union Approach“)**

**VENRO-Stellungnahme zu den möglichen Auswirkungen des neuen Kohärenzansatzes**

**I Hintergrund**

Am 15. Juni hat die Europäische Kommission im Rahmen einer Mitteilung an das Europäische Parlament (EP) und den Rat einen neuen Kohärenzansatz vorgeschlagen. Die Mitteilung ist Teil des zweijährigen obligatorischen Kohärenzberichts der Kommission und wurde vor dem Hintergrund der Wirtschaft- und Finanzkrise verfasst. Kernaspekte des Vorschlags sind unter anderen:

1. Das neue Konzept soll auch Finanzflüsse außerhalb der öffentlichen Entwicklungshilfe (ODA) in das Kohärenzkonzept einbeziehen „**ODA-Plus-Ansatz**“ und die politischen Rahmenbedingungen so gestalten, dass sie entwicklungsfördernd wirken. Es werden folgende Finanzflüsse genannt: Exportkredite, Investitionsgarantien, Technologietransfer, Erneuerbare Energien, Klimawandel, Überweisungen von Migrantinnen und Migranten.
2. Eine Einengung der Kohärenzagenda von derzeit zwölf zu betrachtenden Politikbereichen nach dem Ratsbeschluss 2005 auf fünf Bereiche, die einem kontinuierlichen Monitoring unterliegen, wie der Erstellung eines Kohärenzberichtes.

Verpflichtungen zur entwicklungs- politischen Kohärenz 2005	Neuer Fokus mit fünf Schwerpunktbereichen laut Mitteilung der Europäischen Kommission
Handel, Umwelt, Klimawandel, Sicherheit, Landwirtschaft, Fischerei, Sozialpolitik, Migration, Forschung/ Innovation, Informationstechnologie, Transport, Energie	Klimawandel Ernährungssicherung Migration Geistige Eigentumsrechte Sicherheit und Frieden

**II Bewertung**

**1. Die Verengung der Kohärenzagenda widerspricht dem Vertrag von Lissabon.**

Die vorgeschlagene Verengung widerspricht dem Kohärenzkonzept des Maastrichter Vertrags und des neuen Vertrags von Lissabon, weil für die Entwicklungspolitik kritische Bereiche, wie die Handelspolitik explizit aus dem Kohärenzarbeitsprogramm ausgeklammert werden.

Im Lissabonner Vertrag heißt es:

*Hauptziel der Unionspolitik in diesem Bereiche [Entwicklungszusammenarbeit] ist die Bekämpfung und auf längere Sicht die Beseitigung der Armut. Bei der Durchführung politischer Maßnahmen, die sich auf die Entwicklungsländer auswirken können, trägt die Union den Zielen der Entwicklungszusammenarbeit Rechnung“ (188 d, 1.).*

Die EU sollte das bestehende Kohärenzprogramm ausweiten und nicht einschränken. Vor allem auch die Handelspolitik mit Blick auf die Wirtschaftspartnerschaftsabkommen (WPA) und die WTO-Verhandlungen sollte ein Schwerpunkt sein. Aus den Kohärenzberichten sollten Empfehlungen für Politikveränderungen in den kritischen Bereichen folgen.

## **2. Der „ODA-Plus-Ansatz“ schwächt die Armutsbekämpfung**

VENRO begrüßt grundsätzlich, dass auch für andere Finanzflüsse die politischen Rahmenbedingungen so verändert werden, dass Entwicklung gefördert wird. Dabei ist jedoch zu bedenken, dass die genannten Finanzflüsse, wie Exportkredite und Direktinvestitionen, anderen Gesetzmäßigkeiten unterliegen und nicht auf die Armutsbekämpfung ausgerichtet sind. Auch die Überweisungen der Migrantinnen und Migranten sind private Gelder, die nur sehr begrenzt steuerbar sind. Aktuelle Studien zeigen, dass die meisten Überweisungen in die Länder mittleren Einkommens fließen und nicht in die ärmsten Länder. Tatsache ist, dass nicht die Ärmsten der Armen auswandern.<sup>1</sup>

Der „ODA-Plus-Ansatz“ lenkt von den Verpflichtungen der EU-Mitgliedsstaaten ab, die Erhöhungen des Stufenplans zu erfüllen. 2010 ist ein Meilenstein: die alten Mitgliedsstaaten müssen dann 0,51 Prozent ihres Bruttonationaleinkommens für Entwicklung bereitstellen.

Problematisch ist schließlich, dass der ODA-Plus-Ansatz nur Gelder betrachtet, die in die Entwicklungsländer gehen. Nicht betrachtet werden Gelder, die in erheblichem Maße aus den Entwicklungsländern herausfließen. Das Kohärenzprogramm sollte aus diesem Grund auch über die zwölf Verpflichtungen von 2005 hinausgehen und Themen wie Kapital- und Steuerflucht aufnehmen.

Bonn, Oktober 2009

### **Impressum:**

Herausgeber  
Verband Entwicklungspolitik deutscher  
Nichtregierungsorganisationen e.V. (VENRO)  
Dr. Werner-Schuster-Haus  
Kaiserstraße 201  
53113 Bonn  
Tel.: 0228/9 46 77-0  
Fax: 0228/9 46 77-99  
E-Mail: [sekretariat@venro.org](mailto:sekretariat@venro.org)  
Internet: [www.venro.org](http://www.venro.org)  
**Redaktion:** Anke Kurat (V.i.S.d.P.)  
**Endredaktion:** Kirsten Prestin

---

<sup>1</sup> International Migration Outlook, OECD, 2009, p 188.